

Revolutionäre Obleute

Aufgesucht am 12.2.2017 in http://archiv.labournet.de/diskussion/geschichte/mueller_vorwort.pdf

Ein revolutionäres Vermächtnis - Richard Müller und seine Geschichte der Novemberrevolution

Im April 1923 meldete das sozialdemokratische Zentralorgan „Vorwärts“, daß der „fast schon verschollene“ Richard Müller ein Buch über die Novemberrevolution veröffentlichen werde. Die Überschrift des Artikels war wenig schmeichelhaft: „Leichenmüller als Historiker“.¹ Wer war dieser Richard Müller, dessen Bücher schon Spott auf sich zogen, bevor sie überhaupt geschrieben waren? Müller war kein gewöhnlicher Historiker, sondern ein Revolutionär. Den wenig schmeichelhaften Spottnamen „Leichenmüller“ erhielt er wegen einer historischen Rede auf einer Vollversammlung der Berliner Arbeiterräte am 19. November 1918. Dort verkündete Müller: „Ich habe für die Revolution mein Leben auf das Spiel gesetzt, ich werde es wieder tun. Die Nationalversammlung ist der Weg zur Herrschaft der Bourgeoisie, ist der Weg zum Kampf; der Weg zur Nationalversammlung geht über meine Leiche.“²

Die Nationalversammlung verkörperte für Richard Müller den bürgerlichen Parlamentsbetrieb, die Delegation des Politischen an eine Elite von Repräsentanten. Er jedoch kämpfte für eine radikalere Dimension von Demokratie, die nicht vor den Fabrikatoren haltmachte und das gesamte gesellschaftliche Leben einbezog. Richard Müller konnte seine Vorstellungen nicht umsetzen und war bereits 1921 von der politischen Bühne verschwunden.

Jedoch hinterließ er mit seiner dreibändigen Geschichte der Novemberrevolution ein Vermächtnis, das bis heute relevant ist. Er schrieb mit diesem Werk eine „Geschichte von unten“ im besten Sinne: eine Darstellung der Jahre 1914-1919 nicht aus der Sicht von Parteien, Generälen, Abgeordneten oder Diplomaten, sondern als Geschichte sozialer Kämpfe.



*Richard Müller -
Datum der Aufnahme unbekannt*

Zur Biographie eines Revolutionärs

Richard Müller wurde 1880 als Sohn eines Gastwirts in der Thüringischen Provinz geboren. Er besuchte lediglich die achtjährige Volksschule, absolvierte nie ein Studium und stand seit seinem sechzehnten Lebensjahr als Metallarbeiter an der Drehbank.³ Als engagierter Gewerkschafter verfaßte er um 1910 einige Artikel in der „Metallarbeiter-Zeitung“ gegen den aufkommenden Taylorismus.

Nichts deutete darauf hin, daß dieser Mann mit seinem Allerweltsnamen einmal Geschichte schreiben würde. Doch er tat es im doppelten Sinne: als Revolutionär und als Historiker. Als sich im August 1914 die deutsche Arbeiterbewegung von ihren internationalistischen Prinzipien verabschiedete und den Kriegskurs der kaiserlichen Regierung unterstützte, gehörte Richard Müller zu den ersten, die sich dieser Wende verweigerten. Anfangs ging es nur um Lohnkämpfe, um die Erhaltung des Streikrechtes, daß die Gewerkschaften leichtfertig geopfert hatten. Für die Dauer des Krieges wollten sie den kämpfenden Soldaten an der Front nicht „in den Rücken fallen“.

¹ Vorwärts Nr. 159 vom 5. April 1923.

² Gerhard Engel u. a. (Hg): Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/1919, Band 1, Berlin 1993, S. 154 und S. 184.

³ Für eine umfassende Biographie Richard Müllers vgl. Ralf Hoffrogge, Richard Müller – Der Mann hinter der Novemberrevolution, Berlin 2008, im folgenden zitiert als Hoffrogge 2008.

Richard Müller widersetzte sich dieser Politik. Als Branchenleiter der Berliner Dreher in der Gewerkschaft „Deutscher Metallarbeiter-Verband“ (DMV) war er an der Organisation wilder Streiks beteiligt. Anfangs akzeptierte er wie viele andere den Krieg als unvermeidbar, weigerte sich jedoch standhaft, die mühsam errungenen Rechte der Arbeitenden aufzugeben. Sein Posten als Branchenleiter war ein Ehrenamt. Obwohl er für mehrere Tausend gewerkschaftlich organisierte Dreher verantwortlich war, arbeitete Richard Müller täglich Vollzeit in der Munitionsindustrie. Im Gegensatz zu anderen entging ihm daher das zunehmende Elend der Arbeiterfamilien nicht: Lohnstopps, Verlust des Kündigungsrechtes sowie die Entwicklung von gelegentlicher Lebensmittelknappheit über längere Mangelernährung bis hin zu regelrechtem Hunger.

Die Tatsache, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaftsführungen als eigentliche Vertretung der Arbeitenden diese Probleme ignorierten, führte zu Unmut, spontanen Protesten, Hungerkrawallen und fortschreitender Radikalisierung. Es gab jedoch lange keine funktionierende Organisation, die dieser Proteststimmung Ausdruck verlieh.

Müllers historische Leistung in dieser Situation war der Schritt zur Selbstorganisation. Gemeinsam mit anderen Gewerkschaftern wurde er zum Mitbegründer der „Revolutionären Betriebsobleute“, der schlagkräftigsten Antikriegsorganisation während des ersten Weltkrieges in Deutschland. Während die 1917 gegründete Unabhängige Sozialdemokratie (USPD) hauptsächlich in den Parlamenten gegen den Krieg auftrat und durch ihre Öffentlichkeitsarbeit zur Sammelorganisation aller kriegskritischen Linken wurde, gründeten die Obleute ein Widerstandsnetzwerk in den Fabriken. Sie unterschieden sich damit auch von der Spartakusgruppe um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die vor allem auf Flugblatttagitation setzte. Obwohl die Spartakusgruppe damit wesentlich zur Radikalisierung auch der Obleute beitrug, fehlte ihr doch stets eine breitere Basis in den Betrieben.

Gemeinsam mit anderen Branchenleitern wie dem Schweißer Paul Blumenthal und dem Klempner Emil Barth organisierte Richard Müller eine Rebellion der Gewerkschaftsbasis gegen die Leitungen. Ausgehend von der Metallindustrie schufen sie mit den Revolutionären Obleuten eine Organisation, die eine in der Geschichte der Arbeiterbewegung einmalige Kombination aus Basisdemokratie und Avantgarde darstellte.

Die Obleute waren ein illegaler Geheimbund, hatten nur einige Dutzend Mitglieder, welche durch Kooptation aufgenommen wurden. Mitglied konnte jedoch nur werden, wer das Vertrauen der Belegschaft einer Fabrik oder Werksabteilung genoss. Sie nannten sich Betriebsobleute, weil viele von ihnen bereits vor dem Krieg die Position des „Obmannes“ innehatten: im Kaiserreich gab es keine offiziellen Arbeitervertretungen, sondern lediglich ehrenamtliche gewerkschaftliche „Obleute“. Aus diesen rekrutierten Müller und Genossen ihre Organisation.

Jedes Mitglied des engeren Kreises der Revolutionären Obleute kommunizierte mit Vertrauensleuten in Unterabteilungen und Werkstätten – eine kleine Kerngruppe repräsentierte auf diese Art zehntausende von Arbeitern und Arbeiterinnen, der indirekte Einfluss war noch größer. In ihren eigentlichen Aktionsphasen öffnete sich die Organisation jedoch. Die Obleute organisierten zwischen 1916 und 1918 drei große Massenstreiks gegen den Krieg, die zeitweise fast die gesamte Munitionsindustrie des deutschen Reiches lahmlegten. Die Leitung dieser Streiks wurde auf offenen Versammlungen gewählt, bewährte Mitglieder der Streikleitungen hinterher in den illegalen Kreis aufgenommen. Die revolutionären Obleute, die ihre Praxis aus der basisorientierten Versammlungsdemokratie herleiteten, wurden so zum Vorbild einer neuen Organisationsform: den Arbeiterräten.⁴

Obwohl Räte und Versammlungsdemokratie von Anfang an Bestandteil einer jeden Arbeiterbewegung waren, war diese Tradition zunehmend in Vergessenheit geraten. Insbesondere in Deutschland hatte sich ein repräsentativer und zentralistischer Ansatz durchgesetzt – und versagt. Die Novemberrevolution 1918 ging daher nicht von den klassischen Arbeiterorganisationen Partei und Gewerkschaft aus. Sie begann mit einer spontanen Matrosenmeuterei in Kiel und Wilhelmshafen, gefolgt von weiteren Meutereien und Generalstreiks in anderen deutschen Städten. Obwohl die Spione der Militärjustiz unter

⁴ Vgl. dazu die wegweisende Studie: Dirk H. Müller, Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918, Berlin 1985.

den Matrosen ständig revolutionäre Verschwörungen vermuteten, gab es bei ihnen keine dauerhafte Widerstandsorganisation.

Die Arbeiterschaft war den Matrosen hier voraus. Bereits seit mehreren Jahren hatten die Obleute ihr geheimes Netzwerk organisiert. Sie waren wesentlicher Urheber des Generalstreiks am 9. November 1918 in Berlin.⁵ Von ihnen stammte auch der Plan, mit an der Spitze bewaffneten Demonstrationen von den Industriegebieten am Stadtrand in die Zentren der Macht zu ziehen.⁶

Nach dem gescheiterten dritten Massenstreik im Januar 1918 hatten die Obleute Waffen organisiert und begonnen, für einen unbekannt Tag den Aufstand vorzubereiten. Obwohl dann am 9. November alles spontan und durcheinander lief und eine zentrale Leitung nicht möglich war, blieben die Vorbereitungen der Obleute entscheidend für das Gelingen der Revolution in einer günstigen, aber historisch offenen Situation.

In den Revolutionstagen standen die Obleute auf dem Zenith ihres Einflusses. Sie hatten das alte Regime gestürzt – es gelang ihnen jedoch nicht, die Revolution in ihrem Sinne zu Ende zu führen. Die Mehrheitssozialdemokratie, welche den Krieg vier Jahre unterstützt hatte, wechselte an nur einem Vormittag die Seiten und bestand auf einer Beteiligung an der neuen Revolutionären Regierung. Auch die Arbeiter und Arbeiterinnen an der Basis verlangten „Parität“ und eine Wiedervereinigung der Arbeiterparteien. Obwohl es den Obleuten gelang, alle Sitze der USPD im revolutionären Berliner Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte mit ihren Vertrauensleuten zu besetzen, führte die Parität mit der Sozialdemokratie zu einer Selbstblockade des Gremiums. Der wesentlich einflussreichere „Rat der Volksbeauftragten“ wurde zudem völlig von der SPD dominiert – einziger Vertreter der Revolutionäre war hier der Obmann Emil Barth, ständig überstimmt von seinen fünf Ratskollegen, einschließlich der gemäßigten USPD-Vertreter.

Richard Müller engagierte sich in der Revolutionszeit als Vorsitzender des Berliner Vollzugsrats, als Organisator und Theoretiker der Rätebewegung. Die Relevanz Müllers und der Obleute in dieser Phase zeigt sich unter anderem daran, daß Anfang 1919 der Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands eigens unterbrochen wurde, um die Obleute in Verhandlungen zu einem Beitritt zu bewegen.⁷ Diese lehnten jedoch ab und bemühten sich stattdessen, die Räte als eigenständige Strömung der Arbeiterbewegung auszubauen. Richard Müller wirkte in dieser Phase als Autor und zeitweise als Redakteur der Zeitschrift „Arbeiter-Rat“. Er vertrat hier das Konzept des „Reinen Rätessystems“, das seinen Namen aufgrund der Ablehnung von sozialpartnerschaftlichen oder parlamentarischen Strukturen erhielt.⁸ Statt des Parlaments sollte eine demokratische Planwirtschaft mit betrieblichen und territorialen Arbeiterräten aufgebaut werden.

An diesem Lebenswerk scheiterte Müller jedoch. Die Soldatenräte waren schon zur Jahreswende 1918/19 weitgehend auseinandergefallen. Die Arbeiterräte hingegen wurden von der Mehrheitssozialdemokratie und den Gewerkschaften bekämpft und unterlaufen, weil sie deren Anspruch auf alleinige Repräsentation der Arbeiterschaft infrage stellten. Das im Krieg entstandene Bündnis der Sozialdemokratie mit Militär, Staatsapparat und Unternehmern wurde fortgesetzt, da die Sozialdemokratie mit der Parlamentarisierung Deutschlands die wesentlichen Forderungen der Arbeiterbewegung erfüllt sah.

⁵ Der Einfluß der Obleute außerhalb Berlins ist weitgehend unerforscht, obwohl nachweislich überregionale Kontakte bestanden.

⁶ Vgl. dazu Ottokar Luban, Spartakusgruppe, revolutionäre Obleute und die politischen Massenstreiks in Deutschland während des Ersten Weltkrieges, in: Ottokar Luban, Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept, Leipzig 2008, S.127-171, insbes. S. 157 ff.

⁷ Vgl. Hermann Weber (Hg.): Der Gründungsparteitag der KPD – Protokolle und Materialien, Frankfurt a. M. 1969.

⁸ Seine Ideen fasste er zusammen im auch heute noch lesenswerten Aufsatz „Das Rätessystem in Deutschland“, in: Die Befreiung der Menschheit, ohne Autor, Leipzig 1921.

Ihre Basis wollte weitergehen: auch sozialdemokratische Arbeiter und Arbeiterinnen verlangten eine Sozialisierung der Schlüsselindustrien und eine Demokratisierung des Heeres.⁹ Sie wurden jedoch übergangen. Und als sie sich doch bemerkbar machten, wie etwa bei Generalstreiks in Berlin im Januar 1919 und überregional im März 1919, wurden sie mit Gewalt niedergeschlagen. Diese Gewalt traf nicht nur „aufständische Spartakisten“, sondern zahlreiche unbewaffnete Streikende, Unorganisierte, Zivilisten. Es ist Richard Müllers Verdienst als Historiker, im dritten Band seiner 1924-25 entstandenen dreibändigen Revolutionsgeschichte mit dem Obertitel „Vom Kaiserreich zur Republik“, die gewalttätige Entstehungsgeschichte der Weimarer Republik historisch aufgearbeitet zu haben. Müller wies nach, daß die Eskalation der Konflikte eine gezielte Strategie der Gegenrevolution war.

Es gab niemals einen Bürgerkrieg von links, auch wenn dies bis in die Gegenwart immer wieder behauptet wird. Nur eine Minderheit der Arbeiter behielt nach dem Weltkrieg ihre Waffen, die meisten hatten aus Euphorie über den Friedensschluß 1918 die Gewehre von sich geworfen. Das bevorzugte Mittel auch der radikalen Rätevolutionäre war der Generalstreik. Rosa Luxemburg und auch Richard Müller lehnten die Idee des gewaltsamen Putsches durch eine Minderheit explizit ab. Sie waren keine Pazifisten, leugneten auch nicht die historische Rolle revolutionärer Gewalt, aber sie wussten: jede Revolution bedurfte der Unterstützung durch eine Mehrheit der Arbeitenden. Die Mittel der Gegenrevolution hingegen sahen anders aus. Sie betrieb den Terror einer Minderheit, ihre Kampfmittel umfassten von Anfang an Gewalt gegen Streikende und den politischen Mord am Gegner. Der Bürgerkrieg wurde also geführt, und zwar von rechts. Kaum jemals wurde dies so eindrucksvoll belegt wie in Richard Müllers Werk „Der Bürgerkrieg in Deutschland“.

Müller wählte dieses bittere Thema nicht aus freien Stücken. Er war ein Historiker wider Willen und nahm diese Position nur ein, weil er aus der aktiven Politik verdrängt worden war.

Nachdem die politische Rätebewegung zerfallen war, engagierte sich Müller für den Aufbau einer autonomen Betriebsrätebewegung, konnte dies auf dem 1920 stattfindenden ersten Kongress der Betriebsräte nicht durchsetzen. Er trat daraufhin der KPD bei und nahm die meisten seiner Mitkämpfer mit. Gemeinsam mit einem Kern der alten Obleutebewegung organisierte Richard Müller die erste Reichsgewerkschaftszentrale der KPD und arbeitete daran, die junge Partei da zu verankern, wo sie laut Programm ihre eigentliche Basis hatte: in den Betrieben. Nach internen Machtkämpfen fiel Müller jedoch Mitte 1921 einer der ersten politischen Säuberungen der KPD zum Opfer. Er hatte sich geweigert, den fehlgeschlagenen Aufstandsversuch der KPD im mitteldeutschen Industrieviertel zu unterstützen, als eine militärische Niederlage schon absehbar war.

Müller verlor seinen Posten und wurde Anfang 1922 aus der Partei ausgeschlossen. Kurz danach begann er sein Werk als Historiker. Nach 1925 wurde es still um ihn – eine Zeitlang war er politisch aktiv in der kleinen Linksgewerkschaft „Deutscher Industrieverband“, danach wandte er sich von der Politik ab und begann eine eher dubiose Karriere als Bauunternehmer.¹⁰ Müller

war also nicht unkorruptierbar und keinesfalls ein Held ohne Fehl und Tadel. Dennoch hinterließ er mit seiner Geschichte der Novemberrevolution ein Vermächtnis von bleibendem Wert.

Richard Müllers Geschichte der Novemberrevolution

Die beiden ersten Bände mit den Titeln „Vom Kaiserreich zur Republik“ und „Vom Kaiserreich zur Republik – Die Novemberrevolution“ erschienen 1924 und 1925 im Malik-Verlag von Wieland Herzfelde. Das Titelbild der Bücher wurde gestaltet vom bekannten Künstler John Heartfield, dem Bruder des Verlegers. Heartfield, der sich seinen englischen Künstlernamen aus Protest gegen den deutschen Kriegsnationalismus zugelegt hatte, war Maler und Graphiker. Er gilt als Erfinder der politischen Photomontage und machte sich einen Namen als Mitbegründer der DaDa-Bewegung. Heartfields Werke revolutionierten die graphische Kunst, seine satirischen Collagen sind bis heute unerreicht.

⁹ Dies war der gemeinsame Konsens des ersten Reichsrätekongresses, vgl. dazu: Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vom 16.-21. Dezember 1918 im Abgeordnetenhaus zu Berlin – Stenographische Berichte, Berlin 1919.

¹⁰ Die letzten Lebensabschnitte Müllers sind bis heute aufgrund mangelnder Quellen nicht ausreichend erforscht.

Richard Müller war jedoch mit dem Absatz seiner Bücher bei Malik unzufrieden. Den dritten Band „Der Bürgerkrieg in Deutschland“ veröffentlichte er 1925 im von ihm selbst gegründeten „Phöbus-Verlag“. Müllers Anliegen war eine Aufarbeitung der gescheiterten Revolution¹¹, ein Beitrag zur Selbstbefreiung der Arbeiterklasse, die seinen Worten aus dem Vorwort des ersten Bandes zufolge „jede Erkenntnis ihres historischen Berufes teuer erkaufen“ müsse. Er hatte nicht den Anspruch, eine abschließende Revolutionsgeschichte zu schreiben, sondern wollte einen Beitrag zur Selbstreflektion der revolutionären Bewegung leisten, die er noch nicht als abgeschlossen ansah.

Müller wandte sich im Vorwort des ersten Bandes gegen jede personalisierte Form der Geschichtsschreibung und dagegen, „die revolutionäre Bewegung [...] nur als das Ergebnis einer bestimmten und zielbewußten Tätigkeit einzelner Führer oder einiger politischer Gruppen hinzustellen“. Er machte es sich zur Aufgabe, vor allem die „sozialen, politischen, militärischen und psychologischen Auswirkungen des Weltkrieges“ zu berücksichtigen.¹² Müller stützte sich dabei nach eigenen Angaben auf Karl Marx, insbesondere auf dessen frühe Geschichts- und Staatstheorie wie sie im Kommunistischen Manifest und in der Schrift „Die Klassenkämpfe in Frankreich“ entwickelt worden war.¹³

Dies fällt auf, denn Müller war zuvor in seinen wenigen Schriften und vielen Reden als reiner Praktiker aufgetreten. So gut wie nie hatte er Marx zitiert, sich stattdessen als Gewerkschafter intensiv mit Betriebswirtschaftslehre und Taylorismus befasst. Dennoch widmete er nun den „Ideen der Proletarischen Revolution“ ein eigenes Kapitel. In seinem historisch-theoretischen Abriss betonte er die Kontinuitäten von bürgerlicher und proletarischer Revolution und ordnete die Novemberrevolution in einen übergreifenden historischen Zusammenhang ein. Müller besaß ein solides politisches Gespür für solche Zusammenhänge, was ihm eine Synthese von eigenen Erfahrungen und analytischhistorisch ausgerichteten Erklärungsmustern erlaubte. Durch seine Ablehnung von Personalisierungen vermied er, sich in der Beschreibung der Kriegspolitik der Gewerkschaften auf allzu einfache Verratsvorwürfe zu beschränken. Er erklärte deren Politik stattdessen als Konsequenz einer allgemeinen Bürokratisierungstendenz, die sich aus dem ständigen Anstieg der Mitgliederzahl, dem damit verbundenen Wachstum der Apparate und Verwaltungen, vor allem aber aus dem Unterstützungswesen ergeben hatte. Eine so entstandene „Kassenmentalität“, letztlich ein Ergebnis des eigenen Erfolges, habe die Gewerkschaftsbürokratie 1914 unfähig zum Widerstand gemacht.

Dieses strukturelle Erklärungsmuster verdeutlicht Müllers Anspruch als Historiker. Im Gegensatz zu anderen Protagonisten der Novemberrevolution wie Emil Barth, Gustav Noske, Philipp Scheidemann und Hermann Müller-Franken, schrieb Richard Müller keine Memoiren. Er vermied den anekdotenhaften Stil derartiger Werke und lieferte statt dessen eine auf zahllose Originalquellen gestützte historische *Analyse* der Revolution. Von sich selbst sprach er dabei nur in der dritten Person und bemühte sich generell um eine objektivierende Darstellung. Natürlich ist das Werk dennoch ein Stück Rechtfertigungsliteratur.

Richard Müller verteidigte damit seine eigene Politik und die der Revolutionären Obleute, die Teilnahme für die revolutionäre Arbeiterklasse war ihm sowieso eine Selbstverständlichkeit. Lediglich in zwei Punkten ist seine Darstellung durchaus beschönigend. Er verschwieg die zwischen 1914 und 1916 nur langsame Radikalisierung der Obleute und zeigte sich nur unfreiwillig selbstkritisch über seine Rolle als Vorsitzender des gescheiterten Berliner Vollzugsrates.

Zum ersten Punkt ist zu sagen, daß Müller und die Obleute in den ersten zwei Kriegsjahren noch keine Revolutionäre waren. Seit Kriegsbeginn wehrten sie sich zwar gegen die verschärften Arbeitsbedingungen, stellten den Krieg selbst aber nicht in Frage. Erst durch einen Solidaritätsstreik für den verhafteten

¹¹ Die folgenden Ausführungen beruhen auf dem Kapitel „Richard Müller als Autor und Historiker der Novemberrevolution: 1923-1925“ in: Hoffrogge 2008, S. 171-183.

¹² Vgl. das Vorwort des ersten Bandes „Vom Kaiserreich zur Republik“.

¹³ In: Marx Engels Werke, Berlin (DDR) 1956 ff, Band 4, S. 459 ff und Band 7, S.9 ff. Zusätzlich bezieht sich Müller auf Marx' Beschreibung der Pariser Kommune, die jedoch nicht in der Schrift „Die Klassenkämpfe in Frankreich“ von 1850, sondern im Werk „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ von 1871 (MEW 17, S. 313 ff) enthalten ist. Eine aufgrund der Titelähnlichkeit naheliegende Verwechslung, evtl. auch zurückzuführen auf die in den 20ern noch recht lückenhaften und in verschiedenen Versionen vorliegenden Ausgaben der Marxschen Texte.

Karl Liebknecht im Juni 1916 traten sie auch als militante Kriegsgegner auf. Die Radikalisierung von militanten Kriegsgegnern zu Revolutionären war ein weiterer Schritt, wesentlich beeinflusst von den russischen Revolutionen im Februar und November 1917.¹⁴ Müller glättet im Rückblick seine Positionen und verschweigt, daß auch er erst eine Entwicklung durchmachen mußte, um vom linken Gewerkschaftsfunktionär zum Rätesozialismus zu kommen.

In Bezug auf seine Position als Vorsitzender des Vollzugsrates hatte er nicht den Mut, das komplette Scheitern dieser Körperschaft darzulegen. Müller beschreibt die Lähmung des Gremiums, übergeht jedoch, daß diese Lähmung auch auf Illusionen seitens der Linken und bei ihm selbst zurückzuführen war.¹⁵ Diese Illusionen betrafen vor allem das Weiterarbeiten der bürgerlichen Staatsverwaltung, die man mit einer bloßen „Kontrolle“ durch revolutionäre Abgeordnete zur Kooperation mit einer revolutionären Politik bringen wollte.

In entscheidenden Punkten wie der Aufstellung einer Revolutionären Garde versuchte Müller zwar, eine reale Gegenmacht aufzubauen. Doch die ganze Brisanz der ungestörten Weiterexistenz der vorrevolutionären Strukturen für das Scheitern der Revolution erkannte auch er erst zu spät. Ebensowenig erkannte er, wie sehr sich die Vertreter der Sozialdemokratie mit den Zielen und Verfahrensweisen des bürgerlichen Staates identifizierten. Eine „konstruktive Arbeit“, wie Müller sie im Vollzugsrat durch Moderation und Ausgleich bis zum Schluß versuchte, war aufgrund der grundverschiedenen Ansätze nicht zu leisten. Diese beiden Auslassungen Müllers sind jedoch, im Vergleich mit anderen Zeitzeugenberichten aus jener Zeit, verschwindend gering. Richard Müller gelang trotz enger persönlicher Involviertheit eine trockene und reflektierte Darstellung auf höchstem Niveau.

Dies lag vor allem daran, daß er sich nicht nur auf seine subjektive Wahrnehmung, sondern auf einen großen Fundus von Originalquellen stützte. Neben einem ausführlichen Anmerkungsapparat enthalten die Werke Anhänge mit zahlreichen Dokumenten in Form von Aufrufen, Flugblättern und Protokollen, die vielfach zum ersten Mal veröffentlicht wurden. Müller hatte dieses Material in der Revolutionszeit selbst gesammelt, ebenso wie er einen kompletten Satz Abschriften der Vollzugsratsprotokolle aufbewahrte. Nur durch seine Intervention sind diese Protokolle überhaupt erhalten – die Originale wurden bei der gewaltsamen Auflösung des Vollzugsrates im Sommer 1919 zerstört.¹⁶

Durch die abgedruckten Materialien stützte Richard Müller nicht nur seine Positionen, sondern erlaubte auch den Lesern und Leserinnen, sich ein eigenes Bild von den geschilderten Vorgängen zu machen. Auch wegen dieser Quellensammlung sind seine drei Bücher Standardwerke, die in jeder ernsthaften Darstellung zur Novemberrevolution zitiert werden. Müllers Schlussfolgerungen hingegen rührten in unbequemer Weise an vermeintlichen Gewissheiten der Historiker und Historikerinnen, sowohl in der BRD als auch in der DDR. Sie wurden daher nur allzu oft übergangen.

Zur Wirkungsgeschichte von Müllers Schriften in der Geschichtswissenschaft

Die Wirkungsgeschichte von Richard Müllers Schriften ist paradox: Einerseits waren seine Bücher ein wichtiger Grund dafür, daß sein Name einem interessierten Fachpublikum im Gedächtnis blieb. Andererseits sorgten gerade sie durch ihre politische Stoßrichtung dafür, daß Richard Müller aus dem Bewusstsein breiterer Kreise verdrängt wurde. Bereits in der Weimarer Republik war der politische Diskurs so vorstrukturiert, daß Müllers Interpretationen in einer relativen Nische verbleiben mußten.¹⁷ Vom Standpunkt des bürgerlichen Lagers und der Sozialdemokratie fielen sie in die Rubrik „Bolschewismus“, in die alle links von der SPD stehenden Strömungen ohne Unterschied einsortiert wurden. Diese pauschale Distanzierung war programmatisch für die bürgerliche und sozialdemokratische Memoirenlitera-

¹⁴ Ausführlich dazu Hoffrogge 2008, S. 25-63.

¹⁵ Ausführlich zum Vollzugsrat Hoffrogge 2008, S. 80-90 sowie die Vorworte in: Engel, Gerhard; Holtz, Bärbel; Materna, Ingo (Hg): Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/1919, drei Bände, Berlin 1993-2002.

¹⁶ Zu Müllers ansonsten leider verschollenem Archiv vgl. auch den Artikel „Richard Müller“ in: Günter Benser/Michael Schneider (Hg): Bewahren – Verbreiten – Aufklären. Archivare, Bibliothekare und Sammler der Quellen der deutschsprachigen Arbeiterbewegung, Bonn – Bad Godesberg 2009.

¹⁷ Die folgenden Ausführungen beruhen auf: Hoffrogge 2008, S. 183-198.

tur jener Zeit. Undifferenzierter Antikommunismus und Patriotismus waren Konsens im Bürgertum und der SPD, aber auch in der antidemokratischen Rechten. Deshalb galt der Widerstand gegen den Weltkrieg nicht nur unter Reaktionären und Kaiserstreuen als Vaterlandsverrat. Auch Reichspräsident Friedrich Ebert distanzierte sich im aufsehenerregenden Magdeburger Prozeß des Jahres 1924 ausdrücklich von den pazifistischen Forderungen des Januarstreiks 1918 und übernahm damit die von rechts angestrebte Stigmatisierung des Streiks als „Landesverrat“.¹⁸

Müllers Schriften als die entscheidende Darstellung und Würdigung der Massenstreiks gegen den Krieg lagen somit quer zum restaurativen Zeitgeist und wurden als Extremismus ausgegrenzt.

In der außerhalb dieses patriotischen Konsens stehenden Kommunistischen Partei waren Müllers Werke jedoch ebenso unwillkommen. Sie kratzten zu entschieden an der schon früh aufkommenden Liebknecht-Legende und erschwerten die Konstruktion einer „heroischen“ Parteigeschichte.

Eine Zusammenfassung der parteikommunistischen Sicht auf die Novemberrevolution bietet die 1929 erschienene „Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution“.¹⁹ Diese von einem KPD-Autorenkollektiv verfasste Darstellung war einerseits ein Meilenstein in der marxistischen Geschichtswissenschaft. Sie lieferte unter Einbezug umfangreichen Materials erstmals eine detailgenaue Gesamtdarstellung der Revolutionszeit. Im Rückgriff auf die marxistische Theorie bot sie eine gleichermaßen nüchterne wie erschreckende Bilanz des Weltkrieges, benannte dessen ökonomische Ursachen und Profiteure und bot damit ein aufklärerisches Gegenbild zur herrschenden revanchistischen Kriegsromantik.²⁰ Durchgängige Illustrationen auf jeder Seite und Reproduktionen zeitgenössischen Quellenmaterials verstärkten die Wirkung des Textes, sie stellen eine bis heute einzigartige Sammlung von Bildquellen zur Novemberrevolution dar.²¹

Obwohl die KPD nicht als Herausgeberin des Werkes auftrat, verriet es jedoch seine Herkunft durch diverse Auslassungen und Einengungen. So wurde etwa die Rolle des Spartakusbundes im Antikriegswiderstand deutlich überhöht.²²

Die Obleute treten in der Darstellung erst zum Januarstreik auf und werden als wesentlich vom Spartakus beeinflusst dargestellt, ihre tragende Rolle bei der Vorbereitung der Revolution in Berlin wird nur unabsichtlich offenbart – bezeichnenderweise in einem Zitat Karl Liebknechts.²³ Als wesentliches Ergebnis der Novemberrevolution wird vor allem die Gründung der KPD herausgestellt – auch wenn die Herausgeber noch zugeben, daß um die Jahreswende 1919 erst „der Rahmen einer Partei“ und noch keinesfalls eine straff disziplinierte Kaderpartei entstand.²⁴ Von späteren marxistisch-leninistischen Historikern und Historikerinnen wurde auch diese Aussage revidiert: die KPD-Gründung galt ihnen als das eigentliche Ergebnis der Novemberrevolution.²⁵ Zwei konstruierte Gegensätze prägen die Darstellung: einerseits die Trennung zwischen Partei und Masse, innerhalb der Parteien, dann die Trennung zwischen bürgerlichen bzw. linksopportunistischen Kräften und entschiedenen Revolutionären, wobei sich nach Meinung des Autorenkollektivs nur die Vorläufer der KPD für letztere Würdigung qualifizieren.

¹⁸Karl Brammer (Hg): Der Prozeß des Reichspräsidenten, Berlin 1925

¹⁹ Internationaler Arbeiter Verlag (Hg): Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1929.

²⁰ Deren bekanntester und wirkmächtigster Ausdruck ist das erstmals 1920 erschienene Werk „In Stahlgewittern“ von Ernst Jünger, in dem der Weltkrieg als heroische Bewährungsprobe für eine neue Generation von Männern erscheint.

²¹ Vergleichbar sind nur Diethard Kerbs (Hg): Revolution und Fotografie – Berlin 1918/19, Berlin 1989 sowie Günter Hortschansky (Hg): Illustrierte Geschichte der Novemberrevolution, 2. Auflage Berlin (DDR) 1978.

²² Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1929, S. 202

²³ Es handelt sich um eine Tagebuchaufzeichnung Liebknechts, welche die zögernde Haltung der Obleute Anfang November 1918 behandelt. Trotz seiner Verärgerung zieht er einen revolutionären Alleingang des Spartakusbundes nicht einmal in Erwägung – ein deutliches Zeugnis für die führende Rolle der Obleute bei der Vorbereitung der Revolution in Berlin. Vgl. Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, S. 203.

²⁴ Ebenda, S. 267.

²⁵ Zu Unterschieden und Kontinuitäten zwischen der „Illustrierten Geschichte“ und den Paradigmen der späteren marxistisch-leninistischen Historiographie vgl. Klaus Kinner, Marxistische deutsche Geschichtswissenschaft 1917-1933, Berlin (DDR), 1982, S. 261 ff.

Trotz ihrer zahlreichen Stärken wurde die „Illustrierte Geschichte“ damit zum Pfeiler eines polarisierend-verzerrenden Geschichtsverständnisses, das die deutschsprachige Geschichtsschreibung der Novemberrevolution auf Jahrzehnte prägen sollte. Den einen Pol dieser Konstellation bildete die später in der DDR beheimatete marxistisch-leninistische Forschung, den anderen eine Koalition aus bürgerlicher und sozialdemokratischer Historiographie in Westdeutschland. Beide hatten bevorzugt eine Geschichte der Parteien im Blick, beide betrieben Legitimationsarbeit, jedoch mit sehr unterschiedlichen Intentionen und Freiheitsgraden.

In der DDR wurde der anhand der „Illustrierten Geschichte“ dargestellte parteigeschichtliche Rahmen im wesentlichen übernommen und an vielen Stellen noch zusätzlich eingeeignet. In Westdeutschland hingegen dominierte eine einzig auf den bundesrepublikanischen Parlamentarismus orientierte Geschichte, welche den zeitgenössischen sozialdemokratischen Diskurs aufgriff.

Alternative Sozialismusvorstellungen, wie sie Richard Müller vertrat, fielen hier dem konstruierten Gegensatzpaar Demokratie-Kommunismus zum Opfer. Dabei hatte es durchaus Alternativen für die Geschichtsschreibung gegeben. Der kommunistische, später linkssozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Historiker Arthur Rosenberg legte mit der 1928 erschienenen „Entstehung der deutschen Republik“ und der 1935 im Exil erschienenen Fortsetzung „Geschichte der deutschen Republik“ zwei Standardwerke vor, die eine unabhängige marxistische Analyse der Novemberrevolution und ihrer Folgen lieferten. Obwohl auch er die politischen Parteien und vor allem das Geschehen im Reichstag in den Vordergrund stellte, fiel es Rosenberg nicht schwer, die Revolutionären Obleute als autonome Kraft anzuerkennen, wesentliche Informationen aus Müllers Darstellung zu übernehmen und ein nüchternes Bild der Spannungen zwischen Spartakus und Obleuten zu zeichnen.²⁶ Auch Ossip K. Flechtheims im Exil verfasste und 1948 in Offenbach erschienene Darstellung „Die KPD in der Weimarer Republik“ setzte eigene Akzente. Er betonte die Gemeinsamkeiten zwischen der Gründungsgeneration der KPD, worunter er auch die Revolutionären Obleute faßte, und den demokratischen Kräften der Weimarer Republik. Die Antithese zur Weimarer Demokratie war für ihn nicht ein abstrakt definierter „Bolschewismus“ oder „Totalitarismus“, sondern die antidemokratische Rechte der Gegenrevolution.²⁷

Durchsetzen konnten sich diese Stimmen aus dem Exil jedoch nicht. Der sich in den fünfziger Jahren wieder etablierende historische Forschungsbetrieb blieb in beiden deutschen Staaten den Schemata des Kalten Krieges verhaftet.

Wichtig ist allerdings, daß es in der westdeutschen Geschichtswissenschaft aufgrund deren größeren Freiheitsgraden immer auch Gegenstimmen gab. Bereits Ende der fünfziger Jahre wurden die Thesen der Exilautoren Rosenberg und Flechtheim im linkssozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Spektrum neu aufgegriffen. Zu nennen ist etwa Fritz Opels 1957 erschienene Studie über den Deutschen Metallarbeiterverband im Ersten Weltkrieg,²⁸ eine Pionierarbeit die erstmals das Verhältnis von Burgfriedenspolitikern und Opposition im DMV untersuchte und die Leistungen der Oppositionellen einschließlich der revolutionären Obleute würdigte. Es folgten Anfang der 60er Jahre die Standardwerke von Eberhard Kolb und Peter von Oertzen.²⁹ Hier wurde der konstruierte Gegensatz zwischen Demokratie und Räteystem endgültig aufgegeben und der zeitgenössische Anspruch einer „Räte-Demokratie“ genauer untersucht. Insbesondere von Oertzen arbeitete die schon vor dem Ersten Weltkrieg vorhandenen Verbürgerlichungstendenzen in der Sozialdemokratie heraus und analysierte die Rätebewegung als Ausdruck eines Repräsentationsdefizits. Die Revolutionären Obleute sah er als die „Vertretung der Arbeitermassen selbst“.³⁰ Laut von Oertzen waren die Arbeiter „als solche“ für SPD und Gewerkschaften „keine handlungsfähigen Subjekte. Handlungsfähig,

²⁶ Vgl. Arthur Rosenberg: Entstehung der Weimarer Republik, S.181 ff sowie Rosenberg: Geschichte der Weimarer Republik, S. 52 ff – jeweils zitiert nach Neuausgabe Hamburg 1991.

²⁷ Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Offenbach 1948.

²⁸ Fritz Opel, Der Deutsche Metallarbeiterverband während des Ersten Weltkrieges und der Revolution, Hannover 1957.

²⁹ Peter von Oertzen, Betriebsräte in der Novemberrevolution, 2. Auflage Berlin – Bonn – Bad Godesberg 1976.

³⁰ Von Oertzen, Betriebsräte in der Novemberrevolution, S. 73. Zur Kritik von Oertzens an Kolb vgl. S. 21 f.

und damit auch handlungsberechtigt, waren in ihren Augen einzig und allein Partei- und Gewerkschaftsorganisation.³¹ Durch Peter von Oertzen wurden Richard Müllers Werke nicht nur als Faktensammlung herangezogen, sondern auch inhaltlich aufgegriffen. Er übernahm viele von Müllers Thesen, ohne dabei auf eine kritische Analyse von Richard Müllers historischer Rolle zu verzichten.

Ein weiterer westdeutscher Publizist, der von Müllers Werk entscheidend inspiriert wurde, war Sebastian Haffner. Sein Werk „Die Verratene Revolution“ ging mit einer schonungslosen Kritik der Beteiligung der SPD an der Niederschlagung der Novemberrevolution in die Offensive und ist bis heute eins der meistgelesenen Werke zum Thema.³² Haffner übernahm Müllers These vom Bürgerkrieg und machte erstmals ein größeres Publikum mit der Existenz der Revolutionären Obleute bekannt. Als „populärwissenschaftliche“ Darstellung lief seine Schrift parallel zum akademischen Betrieb, hatte aber gerade deshalb großen Einfluß.

Festzuhalten bleibt jedoch, daß die durchaus intensive Rätediskussion und Forschung ein klarer Minderheitenstrang in der westdeutschen Geschichtswissenschaft blieb. Ausdruck der Mehrheitsströmung waren Untersuchungen wie jene von Ingeborg Koza, die sich in einem Vergleich von zeitgenössischen Autobiographien und Darstellungen zur Weimarer Republik ausdrücklich auf die „staatsbejahenden Parteien“ beschränkte und nur bürgerliche und sozialdemokratische Stimmen zur Kenntnis nahm.³³ Deutlicher konnte das Desinteresse an historischen Alternativen und zeitgenössischen Kämpfen um den sozialen Charakter der Weimarer Republik kaum formuliert werden. Positionen wie diese prägten vor allem auch Schulbücher und Erinnerungskultur.

Müllers Einfluß auf gewerkschaftliche und politische Debatten in der BRD

Außerhalb der akademischen Geschichtswissenschaft gab es in Westdeutschland jedoch durchaus größeres Interesse an einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit Richard Müllers Schriften. Peter von Oertzen etwa hatte der zweiten Auflage seines Standardwerkes ein Gutachten im Auftrag der IG-Metall beigefügt, das die Rätemodelle von Müller und anderen vor dem Hintergrund einer angestrebten Reform des Betriebsverfassungsgesetzes diskutierte. Ähnliches hatten schon Dieter Schneider und Rudolf Kuda in ihrem 1968 erschienenen Band „Arbeiterräte in der Novemberrevolution“³⁴ unternommen. Auch sie stellten historische Rätekonzepte den aktuellen Mitbestimmungsregelungen der BRD entgegen und dokumentierten Müllers konzeptionelle Ausarbeitungen zum „Reinen Rätssystem“. Diese Versuche waren Teil einer umfassenden gewerkschaftlichen Debatte um eine Erweiterung betrieblicher Demokratie.³⁵ Große Hoffnungen setzte man dabei auf die 1969 gebildete Regierung Willy Brandt, die mit dem Schlagwort „Mehr Demokratie wagen“ angetreten war. Jedoch tastete die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes von 1972 die Verfügungsgewalt der Unternehmer über die Produktion nicht wesentlich an: die Betriebsräte blieben sozialpartnerschaftliche Personalvertretungen. Gerade wegen dieser enttäuschenden Reformversuche blieb Richard Müllers revolutionäres Vermächtnis aktuell. Wie etliche andere schwer zugängliche marxistische Klassiker wurde seine Trilogie zur Novemberrevolution schon Ende der 60er Jahre durch Aktive der Studierendenbewegung in fotomechanisch hergestellten „Raubdrucken“ neu aufgelegt und unter der Hand vertrieben. Seit 1973 gab es dann gleich mehrere „offizielle“ Neuauflagen im Berliner Verlag Olle & Wolter. Diese Ausgaben sind jedoch bereits seit Jahren vergriffen und

³¹ Von Oertzen, Betriebsräte in der Novemberrevolution, S. 76.

³² Sebastian Haffner, Die Verratene Revolution – Deutschland 1918/19, Hamburg 1969; spätere Neuauflagen 1979 ff unter dem Titel „Die Deutsche Revolution“.

³³ Ingeborg Koza, Die erste deutsche Republik im Spiegel des politischen Memoirenschrifttums – Untersuchungen zum Selbstverständnis und zur Selbstkritik bei den politisch Handelnden aus den Reihen der staatsbejahenden Parteien zur Zeit der ersten deutschen Republik, Ratingen – Wuppertal – Kastellaun 1971.

³⁴ Dieter Schneider / Rudolf Kuda (Hg): Arbeiterräte in der Novemberrevolution, Frankfurt a. M. 1968.

³⁵ Andere Titel aus dieser Debatte sind: Frank Deppe u.a. (Hg): Kritik der Mitbestimmung, Frankfurt a. M. 1969; Dieter Schneider / Rudolf Kuda, Mitbestimmung – Weg zur industriellen Demokratie?, München 1969 sowie die Neuauflage des 1928 erschienenen Werkes „Wirtschaftsdemokratie – Ihr Wesen, Weg und Ziel“ von Fritz Naphthali, Frankfurt a.M. 1966. Ein aktueller Titel, der Müllers Konzepte aufgreift, ist: Theo Panther (Hg.): Alle Macht den Räten! – Texte zur Rätebewegung in Deutschland 1918/19, Band 2, Münster 2007.

werden mittlerweile im Internet und in Antiquariaten zu absurd hohen Preisen angeboten. Dies verweist darauf, daß auch heute noch eine Nachfrage nach Müllers Werken besteht – was wiederum der Anlass für diese Neuausgabe ist. Wir wollen Müllers Thesen vom unfreiwilligen Status eines Geheimtips erlösen und sie in den allgemein zugänglichen Fundus historischer Kampferfahrungen zurückbringen. In diesem Sinne hoffen wir, daß das Buch nicht nur den Blick auf die Vergangenheit, sondern vor allem den Blick auf die Gegenwart schärft. Wie die meisten Bücher ist auch diese Neuausgabe eine Kollektivarbeit, die nicht möglich gewesen wäre ohne die engagierte Mitarbeit vieler. Besonderen Dank verdienen dabei Dieter Wegner für den Anstoß, Jochen Gester für die Buchgestaltung und den Vertrieb sowie Rainer Knirsch für Korrekturen und Lektorat. Der Rosa-Luxemburg-Stiftung danken wir für die Gewährung eines Druckkostenzuschusses, ohne den dieses Buch nicht hätte erscheinen können. Um alle drei Bücher der Trilogie erstmals in einem Band zu vereinen, wurde der Text des Originals für diese Ausgabe neu gesetzt, die Rechtschreibung jedoch bis auf die Berichtigung offensichtlicher Druckfehler wie in der ursprünglichen Ausgabe belassen. Die Seitenzahlen weichen wegen des neuen Satzes von den Seitenzahlen der Originalausgabe und der fotomechanischen Nachdrucke aus den 70er Jahren ab. Dies ist bei Zitaten zu beachten.

Ralf Hoffrogge